

Diepholzer Kreisblatt:

Kehrtwende bei CDU und SPD

Grundschule: Planungen stehen infrage

SULINGEN • Donnerstag beraten die Mitglieder des Rates der Stadt Sulingen in öffentlicher Sitzung über die Planungen des Umbaus des ehemaligen Realschulgebäudes an der Straße Am Deepenpool zur Aufnahme der Grundschule (18 Uhr, Alte Bürgermeisterei). Zurzeit ist die Grundschule noch an der Schmelingsstraße beheimatet. Hatten sich die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD während der letzten Sitzungen der Fachausschüsse dafür ausgesprochen, am Grundkonzept aus der Feder des Büros Hayner Salger, dem in den Planungen festgeschriebenen Raumprogramm und an der Zusammenarbeit mit den Architekten des Büros aus Düsseldorf festzuhalten, zeichnet sich jetzt eine Kehrtwende ab. Die Vorsitzenden der CDU- und der SPD-Fraktion, Matthias Wendland und Gunter Koop, machten am Dienstag unabhängig voneinander deutlich, dass sie davon ausgehen, dass die Ratsmitglieder von Union und aus der Sozialdemokratie den bisher eingeschlagenen Weg verlassen werden.

Gunter Koop: „Wir wollen eine neue Grundschule, modern, vorausschauend dimensioniert, pädagogisch und technisch in die Zukunftweisend; das alles zum Beginn des Schuljahres 2019/2020 und zu einem Preis, der uns weiterhin erlaubt, Sulingen aktiv zu gestalten.“ Die SPD-Fraktion stehe geschlossen hinter der Auffassung, dass diese Zielsetzung auf Basis der aktuellen Planung nicht mehr zu erreichen sei. „Nach Abwägung aller Szenarien und unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen, kommen wir zu dem Schluss, aus dem bisherigen Verfahren aussteigen zu müssen.“

Für eine Umsetzung der aktuellen Version der Vorplanungen, die Architekt Michael Hayner Mitte Januar öffent-

lich vorgestellt hatte, müsste die Stadt Sulingen 10,5 Millionen Euro aufbringen; wobei die Kosten nach Hayners Angaben in der tatsächlichen Umsetzung noch um 20 bis 30 Prozent variieren könnten. Zuvor hatten die Mitarbeiter der Stadtverwaltung bekanntgegeben, ein Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von elf Millionen Euro für tragbar zu erachten.

Koop: „Wir halten das Kostenrisiko für zu groß. Die Handlungsmöglichkeiten der Stadt wären gefährdet. Wir sprechen uns dafür aus, den Auftrag an ein Generalunternehmen zu vergeben; mit festen Terminen und festen Kosten.“

Ähnlich wie Koop argumentiert CDU-Fraktionschef Matthias Wendland. Die Christdemokraten hätten sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. „Wir haben zum Ende des Jahres eine ganze Reihe Anfragen an die Verwaltung gestellt. Sie betrafen überwiegend die Finanzierbarkeit der Grundschule, ohne Abstriche machen zu müssen.“ Wenn die Stadt an den aktuellen Planungen festhält, würden die Kosten ausufern und die Stadt wäre über Jahre handlungsunfähig. Investitionen in die Bildung seien immens wichtig, man habe aber genauso die Verantwortung, nachhaltig zu wirtschaften. „Wir sind der Überzeugung, dass es auch wirtschaftlicher geht. Davon profitieren dann alle, wenn das Geld nicht in den Schulplänen versandet.“ Wie die SPD wolle die Union einen neuen Weg mit einem Generalunternehmer gehen.

CDU und FDP schließen sich damit der Ansicht der Freien Wähler an, die bereits Mitte des Monats ihren Rückzug aus den Planungen bekanntgegeben hatten. Uwe Overhoff hatte gefordert, die bisherigen Planungen einzustellen und einen Generalunternehmer mit dem Neubau zu beauftragen. • oti

Zuhause und doch nicht daheim?

Bürgerbefragung im Diepholzer Land

LANDKREIS DIEPHOLZ • Die Menschen der Stadt Diepholz, der Gemeinde Wagenfeld sowie der Samtgemeinden Rehden, Altes Amt Lemförde und Barnstorf erhalten in der kommenden Woche Post von ihren Bürgermeistern. Im Rahmen einer Umfrage möchten die Kommunen erfahren, wie viele ihrer Bürgerinnen und Bürger an verschiedenen Orten leben, wohnen, arbeiten oder lernen und welche Gründe es dafür gibt.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung erläutern die Verwaltungschefs ihr Anliegen. Demnach gehen immer mehr Menschen in Deutschland so weit entfernt von ihrem eigentlichen Wohnort einer Arbeit, einem Studium oder einer Ausbildung nach, dass sie zeitweise woanders leben. Zeitlich begrenzte Arbeitsaufträge, die Nutzung einer Freizeitwohnung, eines Dauercampingwagens oder die nur zeitweise Anwesenheit von Familienmitgliedern gehören ebenfalls dazu.

Bisher wisse man wenig über den Alltag dieses Personenkreises, heißt es in der Mitteilung. Informationen darüber seien für die Kommunen aber zunehmend von Bedeutung, um die Auswirkungen auf den Wohnungs-

markt, die Nachfrage nach Infrastrukturen, das Mobilitätsangebot oder das Ehrenamt im Blick zu behalten – und die Wünsche von Menschen mit mehreren Wohnsitzen besser berücksichtigen zu können.

Um diesen Fragen nachzugehen, beteiligen sich die Kommunen im Diepholzer Land gemeinsam mit dem Landkreis Diepholz und der Leibniz Universität Hannover an einem vom Bundesministerium für Forschung und Bildung geförderten Forschungsprojekt mit dem Titel „TempALand“.

Mit einer kostenlosen Antwort-Postkarte, die in der zweiten Februarwoche an alle Haushalte im Diepholzer Land verschickt wird, könne das Projekt schnell und einfach unterstützt werden, so die Kommunen. Auch Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Diepholz, die nicht in den fünf genannten Kommunen leben, können sich gerne an der Umfrage online beteiligen. Annette Seitz vom Projektbüro beim Landkreis Diepholz ist bei Fragen unter Telefon 05441/9761297 oder per E-Mail an annette.seitz@diepholz.de erreichbar.

www.tempaland.de